



## **Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)**

**und Antwort**

**der Landesregierung – Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,  
Technologie und Tourismus (MWVATT)**

### **Bewertung der Studie "Wohlstand nachhaltig sichern. Erfolgreicher Strukturwandel durch klimaneutrale Industrialisierung"**

#### Vorbemerkung des Fragestellers:

Die CDU-Landtagsfraktion hat im Januar 2025 gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung die Studie "Wohlstand nachhaltig sichern. Erfolgreicher Strukturwandel durch klimaneutrale Industrialisierung"<sup>1</sup> vorgestellt. In der Studie wird sich unter anderem den Fragen „Wie lässt sich Wohlstand in Deutschland erhalten?“ und „Wie gelingt Akzeptanz für einen oftmals abrupten Wandel?“ gewidmet.

1. Ist der Landesregierung die Studie bekannt? Wenn ja, wie bewertet die Landesregierung die Studie?

Antwort:

---

<sup>1</sup> <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Wohlstand+nachhaltig+sichern.pdf/99f668db-4689-2f16-a402-d84717da74ec?version=1.0&t=1729254117794>

Die Studie ist der Landesregierung bekannt. Eine vertiefte Bewertung wurde jedoch nicht vorgenommen.

Die Ergebnisse der Studie liefern wichtige Impulse für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik und zeigen, dass der Wandel nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch eine Chance für wirtschaftliche und gesellschaftliche Erneuerung ist.

2. War die Landesregierung in irgendeiner Form in die Vorbereitung, Erstellung oder Verwertung der Studie eingebunden? Wenn ja, in welcher Form?

Antwort:

Eine Mitwirkung beschränkte sich auf die Teilnahme von Staatssekretärin Carstens an einer Podiumsdiskussion der CDU-Landtagsfraktion im Rahmen der Vorstellung der Studie.

3. Die Studie unterbreitet konkrete Vorschläge und Handlungsempfehlungen. Plant die Landesregierung, Vorschläge oder Handlungsempfehlungen umzusetzen oder sich für die Umsetzung einzusetzen? Wenn ja, für welche und in welcher Weise?

Antwort:

Die Handlungsempfehlungen der Studie leisten einen wertvollen Beitrag zu den laufenden fachlichen Diskussionen zur wirtschaftlichen Transformation. Eine konkrete Umsetzung einzelner Vorschläge ist derzeit nicht geplant (siehe auch Antwort zu Frage 4).

4. Die Studie schlägt unter anderem vor, Sonderwirtschaftszonen als wirtschaftspolitische Experimentierfelder einzurichten. Es solle "angesichts der gegenwärtig zu beobachtenden bürokratischen Selbstblockade in Deutschland" geprüft werden, ob und inwiefern in Sonderwirtschaftszonen der bestehende Rechtsrahmen regional differenziert kreativ ausgelegt werden könnte (siehe S. 25 f. der Studie).

- a. Wie bewertet die Landesregierung diesen Vorschlag?

Antwort:

Eine abschließende Bewertung des Vorschlags zur Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen steht derzeit noch aus. Zunächst soll die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angekündigte Regelung zu sogenannten Experimentierklauseln abgewartet werden (vgl. Z. 1878 Koalitionsvertrag Bund).

- b. Prüft die Landesregierung die vorgeschlagene Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen? Wenn ja, was genau soll bis wann geprüft werden? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Eine Prüfung ist erst dann vorgesehen, wenn das von der Bundesregierung angekündigte Bundesexperimentiergesetz vorliegt, das insbesondere Ländern und Kommunen neue rechtliche Spielräume eröffnen soll.

- c. Wird sich die Landesregierung für die Etablierung von solchen oder ähnlichen Sonderwirtschaftszonen in Schleswig-Holstein oder Deutschland einsetzen? Wenn ja, für welche Bereiche oder Branchen und mit welchen regulatorischen Erleichterungen? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Die Landesregierung unterstützt die Bestrebungen der künftigen Bundesregierung zur Schaffung eines bundeseinheitlichen Rechtsrahmens für wirtschaftspolitische Experimentierräume. Eine Entscheidung über eigene Initiativen erfolgt nach konkreterer Ausgestaltung und Bewertung der vorliegenden Vorschläge der Bundesebene.